

Stellungnahme des Stadtverbands Köln der Basisdemokratischen Partei Deutschland (dieBasis) zur Nutzung der Bauten der ehemaligen sowjetischen Handelsvertretung

Frieden stiften – Gebäude sinnvoll nutzen

In Köln stehen Gebäude der ehemaligen sowjetischen Handelsvertretung leer und verfallen: das Ensemble an der Aachener Straße 240-244 und die Häuser in der Friedrich-Engels-Straße 3, 5 und 7 in Sülz. Die Bauten aus den 1960er- und 1970er-Jahren dienten einst der Handelsvertretung der UdSSR (später Russland) und enthielten Büros, Konferenzsäle und rund 80 Wohnungen. Seit Jahren stehen große Teile leer. Feuchtigkeitsschäden, Schimmel, marode Technik und Verwahrlosung prägen das Bild. Zwei der Häuser an der Friedrich-Engels-Straße stehen seit etwa 2000 weitgehend ungenutzt; in einem waren bis 2018 noch Wohnungslose untergebracht. Die Anlagen gehören dem russischen Staat bzw. einer staatlichen Stelle und unterliegen besonderen rechtlichen Bedingungen. Forderungen nach Zwangsenteignung, um sie etwa für die Unterbringung von Geflüchteten zu nutzen, lehnen wir ausdrücklich ab. Enteignung wäre ein Akt der Konfrontation, kein Beitrag zum Frieden.

Statt Enteignung und Leerstand fordern wir einen anderen Weg: eine Nutzung, die ein sichtbares Zeichen für friedliche Kooperation zwischen einem neutralen, friedensstiftenden Deutschland und Russland setzt. Die Gebäude könnten in partnerschaftlicher Vereinbarung – auf der Grundlage von Verhandlungen, Miete oder gemeinsamer Trägerschaft – revitalisiert werden. Denkbar wäre ein „Haus des Dialogs und der Zusammenarbeit“.

In den früheren Konferenzsälen und Büros könnten Räume für deutsch-russische Begegnungen, wissenschaftliche Kolloquien, kulturelle Veranstaltungen und Wirtschaftsforen entstehen. Hier könnten Unternehmer, Wissenschaftler, Künstler und Bürger aus beiden Ländern Projekte entwickeln – von Technologie- und Energiekooperation über gemeinsame Umweltinitiativen bis hin zu Bildungsprogrammen.

Die Wohnungen ließen sich zu Gästeappartements für Studierende, Forscher und Stipendiaten umbauen, die an gemeinsamen Programmen teilnehmen. So würden junge Menschen aus Deutschland und Russland zusammenleben und arbeiten – ein lebendiges Gegenbild zu Feindbildern.



Im Erdgeschoss und in den repräsentativen Bereichen könnten Ausstellungen zur gemeinsamen Geschichte, zu Handelsbeziehungen und zu Friedensinitiativen stattfinden. Ein Café oder Begegnungsraum mit wechselnden kulturellen Angeboten (Musik, Literatur, Film) würde den Ort öffentlich zugänglich und einladend machen. Außenanlagen und Höfe könnten als grüne Treffpunkte gestaltet werden – mit Sitzgelegenheiten, Informationsstelen und Raum für Freiluftveranstaltungen.

Eine solche Nutzung würde die Gebäude aus dem Schattendasein holen, sie architektonisch und energetisch modernisieren und gleichzeitig ein politisches Signal senden: Deutschland als neutrales, vermittelndes Land, das Brücken baut statt Mauern. Frieden entsteht nicht durch Zwangsmaßnahmen, sondern durch Dialog, gemeinsamen Nutzen und Respekt vor Eigentum und Souveränität.

Wir fordern daher: Die Gebäude der ehemaligen sowjetischen Handelsvertretung nicht enteignen, sondern sinnvoll und friedensstiftend nutzen. Lasst uns Orte schaffen, an denen Kooperation sichtbar wird – Orte, die zeigen, dass ein neutrales Deutschland und Russland gemeinsam an einer friedlicheren Zukunft arbeiten können. Frieden stiften heißt, Gebäude und Beziehungen mit Leben zu füllen, statt sie dem Verfall oder der Konfrontation zu überlassen.

*Köln, September 2026
dieBasis Stadtverband Köln*